

INFOPERU Nr. 36

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

28. Mai 2015

Inhaltsverzeichnis:

1. Editorial InfoPeru 36 (Mechthild Ebeling)
2. Geplante Kupfermine Tía María: ein zweites Conga ? (Eva und Mattes Tempelmann)
3. Auf einmal ist die Mine im Dorf (Interview mit Susanna Anderegg)
4. Bericht vom Peru-Seminar (Mechthild Ebeling)
5. Wenn Sie wissen wollen..... (Interview mit Giancarlo Castiglione, Forum Solidaridad Peru)
6. Präsentationen vom Peru-Seminar
7. Lieber Herr Glasenberg: die Infostelle schreibt dem Chef von Glencore

1. Editorial InfoPeru No 36

Liebe Leserinnen und liebe Leser!

Auf unserem diesjährigen „Köln-Treffen“ diskutierten wir intensiv die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung Perus und ihre einseitige und auch gefährliche Ausrichtung auf den „Extraktivismus“ im Bereich des Bergbaus, der Ölförderung sowie die zunehmende Ausrichtung der Landwirtschaft auf die Exportproduktion. Aber gibt es Alternativen?

Der derzeitige Umweltminister Perus, Manuel Pulgar Vidal, macht sich zwar öffentlich lustig über die Frage, ob es angebracht sei, über einen „Postextraktivismus“ nachzudenken, was er als schwärmerisch und bäuerlich abtut. Deshalb ist es auch so einfach, dass etwa die Zeitung „El Comercio“ allen Widerstand gegen das zur Zeit umstrittenste Kupfer-Bergbauvorhaben Tia Maria in Islay in der Region Arequipa kommentiert mit der Überschrift: „Humala erklärt, dass es Terroristen sind, die die Gewalt in Islay entfachen“. Deshalb hat der Präsident auch in dieser Provinz den Ausnahmezustand ausgerufen, der 60 Tage dauern soll und viele Grundrechte der Menschen dort einschränkt, öffentliche Versammlungen und Demonstrationen sind während dieser Zeit verboten. Dennoch gibt es, während ich dies schreibe, in 8 südlichen Regionen des Landes große Protestdemonstrationen, an denen auch überdurchschnittlich viel junge Studierende teilnehmen. Wieder ist das Hauptproblem das Misstrauen der Bevölkerung, gegen das politische System, gegen die Regierung, aber speziell gegen das vom Ministerium für Energie und Bergbau (MEM), das bisher noch immer allein zuständig ist für das „Absegnen“ der Umweltverträglichkeitsprüfungen.

Das Vorhaben Tia Maria in einer Region, wo die Menschen gut von ihrer bäuerlichen Landwirtschaft leben, wurde aber nach einer ersten Umweltverträglichkeitsprüfung mit 138 Anmerkungen durch das UNOPS (Umweltamt der UNO) zurückgewiesen. Vor allem die Frage der Wassernutzung in einer so landwirtschaftlich geprägten Region weckt jetzt auch nach der zweiten Umweltverträglichkeitsprüfung Misstrauen gegenüber dem mexikanischen Investor. Auch wenn die Zeitung „La Republica“ jetzt zu einem Runden Tisch geladen hatte und tatsächlich der Vizeminister des MEM mit so eindeutigen Gegnern des Projekts wie Marco Arana und José de Echave diskutierten, bleibt die lokale Öffentlichkeit skeptisch .

Dennoch lohnt es sich, gerade wenn der Bergbau in Grenzen gehalten werden soll, die Tendenzen ernst zu nehmen, welche in diesem Dialog angesprochen wurden: Die im Jahr 2013 eingeführte internationale Initiative EITI (auf Deutsch: Initiative für Transparenz in der rohstoffgewinnenden Wirtschaft) will mehr Transparenz bei Rohstoffprojekten, Good Governance schaffen und Korruption im Umfeld bekämpfen. Man wolle auch von Regierungsseite die EITI-Initiative in Zukunft rechtlich im Land verankern, sagt der Vizeminister. Außerdem wurde von den Diskutierenden –Gegnern wie Befürwortern des Projekts Tia Maria – einhellig das Fehlen eines regionalen Landnutzungskonzepts angeprangert und von der Regierung eingefordert. Außerdem ist gibt es einen Schritt, den es sich lohnt zu verfolgen: die Gründung des SENACE (Servicio Nacional de Certificación Ambiental para las Inversiones Sostenibles) unter dem Dach des Umweltministeriums MINAM, wo in Zukunft Projekte öffentlicher und privater Investitionen auf ihre Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit hin untersucht werden. So ist es wenigstens auf der SENACE-Website zu lesen. –

Dies sind Entwicklungen, die unser Verein, der in diesem Jahr sein 25 – jähriges Bestehen begeht, weiterhin ernsthaft verfolgen wird, und darüber auch euch /Sie informieren und Hintergründe liefern will. Denn in einer kleinen LeserInnen-Befragung, die wir nach 35 Ausgaben des InfoPeru während des Köln-Seminars durchgeführt haben, wurde klar: Gefragt sind „Informationen zu aktuellen politischen Ereignissen in Peru und deren Zusammenhänge zu Europa“ und sowie Hintergrundinfos dazu. Das wollen wir weiterhin bestmöglich erfüllen. Und vielleicht, wie es einige Befragte ja angedeutet haben, will auch einmal jemand von euch/Ihnen, liebe Leserin und lieber Leser, einen Beitrag verfassen, zu einem Thema, das wir vielleicht noch nicht aufgegriffen haben. Das wäre toll! Und toll ist außerdem, dass viele der Befragten unser InfoPeru fleißig an andere Perufreunde und –freundinnen weiter empfohlen haben – vielen Dank dafür!

Viel Spaß beim Lesen unseres neuen InfoPeru wünscht

Mechthild Ebeling

(Informationsstelle Peru e.V.)

2. Geplante Kupfermine Tía María: ein zweites Conga ?

Der Konflikt um die geplante Kupfermine Tía María in der Provinz Islay (Region Arequipa) ist eskaliert. Seit Beginn des Konfliktes vor rund zwei Monaten starben fünf Menschen bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei. Dutzende wurden teils schwer verletzt. Am 22. Mai 2015 hat die Regierung den Ausnahmezustand ausgerufen. Persönliche Freiheiten wie Bewegungs- und Versammlungsfreiheit seien damit ab sofort eingeschränkt, sagte Perus Ministerpräsident Pedro Cateriano am Freitag. „Die Regierung wird die Anordnungen wenn nötig mit dem Einsatz von Gewalt durchsetzen“, so Cateriano.

Wütende Bevölkerung

Angesichts der tragenden Rolle, die die Regierung in der Entwicklung der Proteste gespielt hat, wird die Wut der Zivilbevölkerung immer größer. Seit Beginn des Streiks vor gut 60 Tagen hatten Bauern, Lokalpolitiker und Umweltorganisationen mehr Transparenz und Berücksichtigung der lokalen Interessen im Konflikt um das Bergbauprojekt Tía María gefordert. Die Regierung ist

diesen Forderungen jedoch kaum nachgekommen. „Agro sí, mina no“ rufen die Menschen nun immer lauter, sie wollen Landwirtschaft, keinen Bergbau. Sie wollen, dass sich Southern Copper mit ihrer geplanten Kupfermine aus der Region zurückzieht.

Dialog gescheitert

Der Dialog zwischen Regierung und Demonstranten ist mittlerweile gescheitert. Ein Monolog statt Dialog seien die Gespräche gewesen, beklagten Bauern und Lokalpolitiker, die sich mehr von den Runden Tischen erhofft hatten. Die Regierung schütze einzig die Interessen der Wirtschaft, nicht der Bevölkerung, sagen sie. Als Präsident Ollanta Humala Anfang Mai 4000 Soldaten nach Islay schickte, um das Projekt mit militärischem Druck voranzutreiben, rechtfertigten Regierungsvertreter die Entsendung der Armee, indem sie die Demonstranten in den Medien als „Gewalttäter“ und „Antibergbau-Terroristen“ stigmatisierten. Die Tageszeitung „El Correo“ druckte dazu Anfang Mai ein Foto auf seiner Titelseite, das einen Demonstranten mit einer Handwaffe im festen Griff von Polizeikräften zeigte. Bildunterschrift: „So attackieren die Bergbaugegner“ Kurz darauf kursierte über den Videokanal Youtube ein Video, das zeigte, wie Polizisten dem vorher unbewaffneten Demonstranten die Waffe mit Gewalt in die Hand gedrückt hatten.

Ein landwirtschaftlich genutztes Tal

Die Bevölkerung ist entsprechend aufgebracht. Seit Jahren protestieren die Bauern des Valle de Tambo gegen die Pläne des Bergbaukonzerns Southern Copper. Das Tal ist seit Jahrhunderten eine wichtige Region in der Landwirtschaft. Hier werden Reis, Bohnen und Früchte für die Versorgung von Arequipa angebaut, der zweitgrößten Stadt Perus. Die Mine würde Unmengen an Wasser verbrauchen, das in dieser Region aber knapp ist. „Wir sprechen hier über eine wichtige landwirtschaftliche Zone der Region Arequipa“, erklärt Dr. José de Echave, Ökonom und Bergbauexperte. „Die Menschen in Islay wissen, dass Tía María nur das erste von vielen geplanten Projekten ist. Sie befürchten, dass sich ihre Region von einem ausgeprägten Agrargebiet in eine Bergbauzone verwandeln wird.“

Unternehmen mit langem Sündenregister

Die Proteste und die Wut der Bevölkerung richten sich auch gegen das Unternehmen selbst. Southern Copper ist einer der größten Kupferförderer der Welt. 1,4 Milliarden US-Dollar will das Unternehmen in das seit 2003 geplante Kupferprojekt Tía María investieren. Die peruanische Regierung verspricht sich von der Kupfermine wirtschaftliche Entwicklung, Devisen und Einkommen. Aber zu welchem Preis? Für nachhaltigen Rohstoffabbau ist der Konzern Southern Copper nicht gerade bekannt. In den 1950er und 1960er Jahren war Southern Copper mit der Raffinerie von Ilo an der südlichen Küste Perus für gravierende Wasserverschmutzungen verantwortlich gewesen. Auch der Großaktionär des Unternehmens, die Grupo México, ist durch massive Umweltverschmutzungen in der Vergangenheit in die negativen Schlagzeilen gekommen. Erst im August 2014 hatte das größte Kupferunternehmen Mexikos und drittgrößter Kupferproduzent der Welt eine der größten Umweltkatastrophen des Landes verursacht, als sich 40 Millionen Liter giftiger Abwässer in die Flüsse Sonora und Bacanuchi ergossen. Die Beteuerungen von Southern Copper, modernen Bergbau in Tía María zu betreiben, haben nur beim Bergbauministerium gefruchtet. Dieses hatte im August 2014 die Umweltverträglichkeitsstudie des Unternehmens für positiv beschieden und grünes Licht für das Projekt gegeben – trotz erheblicher Mängel in der Studie, wie das Büro für Projektdienste der Vereinten Nationen (UNOPS) feststellte, und ohne die regionale Bevölkerung vorher zu konsultieren.

Ein zweites Conga ?

Es scheint, als ob die Regierung von Präsident Ollanta Humala aus ihren Fehlern wenig gelernt habe. Auch in den Protesten gegen die Goldminenprojekt Conga in der Region Cajamarca gab es Tote, Verletzte und wenig Verständnis für die Forderungen und Interessen der Bevölkerung. Auch damals hatte die Regierung zwischenzeitlich den Notstand ausgerufen und die Demonstranten kriminalisiert, um die Proteste gegen das 4,5-Milliarden-Projekt einzudämmen. Es wäre an der Zeit,

die Forderungen der Zivilbevölkerung diesmal ernst zu nehmen. Aber die Regierung fährt ihren Kurs der wirtschaftlichen Entwicklung ohne Rücksicht auf Verluste. Welche Folgen dieser Kurs haben wird, das kann man derzeit nur erahnen.

Von Eva Tempelmann. Mitarbeit Mattes Tempelmann (Red Muqui)

3. Auf einmal ist die Mine im Dorf

Mit dieser Situation sehen sich viele kleine Gemeinden in ganz Peru konfrontiert. Wie damit umgehen? Susana Anderegg von der Schweizer NRO „bergbau menschen rechte“ gibt Kurse in Verhandlungsführung für vom Bergbau betroffenen Gemeinden in Cusco und Apurimac. InfoPeru hat sie zu ihrer Arbeit befragt.

InfoPeru: In welcher Situation befinden sich die Gemeinden, in denen Du Kurse gibst und wer nimmt an den Kursen teil?

Anderegg: Es nehmen Führungspersonlichkeiten aus den Dörfern teil, gewählte Bürgermeister und Gemeinderäte oder Vertreter und Vertretinnen von Basisorganisationen wie den Bauernverbänden. Meist sind es Dörfer, in denen Probebohrungen mit einer Explorationsgenehmigung durchgeführt werden. Das heisst, es tauchen Bergbaufirmen mit ihren Bohrgeräten auf, sie erstellen ihre Plattformen und machen Probebohrungen, um den Erzgehalt eines Geländes zu bestimmen. Und danach entscheiden sie, ob es sich für sie lohnt, an dem Ort eine Mine aufzumachen.

InfoPeru: wie erfahren die Dörfer davon, dass bei ihnen gebohrt wird?

Anderegg: Vorher kommt Vertreter der Bergbaufirma, der für die Beziehung zur Bevölkerung zuständig ist. Ohne die Zustimmung der Gemeinde dürfen die Firmen keine Probebohrungen machen – deswegen versprechen sie der Bevölkerung z.Bsp. Arbeitsplätze, einen Beitrag zum Dorffest, den Bau eines Gemeindegebäudes und ähnliches. Für die Vertragsunterzeichnung – die Gemeinde muss der Bohrung schriftlich zustimmen – bringen die Firmen oft ihre eigenen Anwälte mit.

Allerdings ist in den Verträgen kein Betrag für eine Pacht für das Bohrungsgelände enthalten und auch keine Entschädigung, wenn die Bohrung Schäden hinterlässt.

InfoPeru: Was befürchten die Menschen, die zu Deinen Kursen kommen?

Anderegg: Die grösste Sorge ist die Umweltverschmutzung und die Angst, bei den Verhandlungen den Kürzeren zu ziehen. Ihre Armut macht die Menschen verletzlich und kann sie dazu bringen, etwas zu unterschreiben, was sie eigentlich gar nicht wollen. Sie verfügen in der Regel nicht über die nötigen Informationen, um auf gleicher Augenhöhe zu verhandeln.

Ein Problem ist auch, dass die Minen nur diejenigen Gemeinden zu ihrem Einflussgebiet zählen, deren Gebiete sie aufkaufen wollen. Die Definition als Einflussgebiet einer Mine bestimmt die Zuwendungen an die jeweiligen Dörfer. Aber oft sind Dörfer, die nicht als Einflussgebiet ausgewiesen sind, genauso oder mehr betroffen von den Umweltverschmutzungen.

InfoPeru: Du kennst die Situation der ländlichen Gemeinden angesichts des Bergbaus in Peru seit vielen Jahren. Hat sich da irgendwas zum Besseren gewendet?

Anderegg: Es gibt ein paar Fortschritte. So ist es heute nicht mehr möglich, den Bauern das Land zu einem absolut unterbewerteten Preis abzuluchsten, wie das vor 20 Jahren noch Yanacocha in Cajamarca getan hat – was noch nicht bedeutet, dass die bezahlten Preise wirklich angemessen sind. Auch werden die internationalen Standards bei Umsiedlungen eher eingehalten. Weniger Fortschritte sehe ich bei der Umweltgesetzgebung und der staatlichen Umweltaufsicht. Solange das Bergbauministerium da führend ist und nicht das Umweltministerium, werden die Menschen wenig Vertrauen haben. Und die jüngsten Massnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur (“paquetazos“)

haben die Umweltauflagen nochmal eingeschränkt.

In den grossen Städten sehe ich sehr wohl, dass sich die Situation durch die Einnahmen vom Bergbau auch positiv verändert hat, aber auf dem Land ist davon doch sehr wenig angekommen.

Interview: Hildegard Willer

4. Bericht vom Peru-Seminar

„Größenwahn, Exportorientierung – gibt es machbare Alternativen? –
Wirtschaftsentwicklung und Umweltprobleme in Peru“.....

..... war das herausfordernde Thema des diesjährigen Seminartreffens der Informationsstelle Peru in Köln vom 24. bis 26. April 2015, wo wir gleichzeitig auch das 25-jährige Bestehen unseres Vereins zurückblicken wollten. Dazu hatten wir einen peruanischen und auch einen deutschen externen Referenten eingeladen. Etwa 40 TeilnehmerInnen belebten die Diskussionen. Wir freuen uns sehr zu erleben, dass auch viele jüngere Menschen sich für die Problematik Perus interessieren und sich engagieren, und danken im Nachhinein allen, die dieses Treffen organisiert und möglich gemacht haben!

Unser erster Referent war **Giancarlo Castiglione von der vor 25 Jahren gegründeten peruanischen NGO Forum Solidaridad Peru**, die zum öffentlichen Finanzwesen und Entwicklung arbeitet und Teil des lateinamerikanischen Netzwerks LATINDADD (Red Latinoamericana sobre Deuda, Desarrollo y Derechos- www.latindadd.org) ist. Vor allem zum Thema „Entschuldung“ hat unser Verein seit vielen Jahren mit dem Forum Solidaridad Peru kooperiert. Giancarlo stellt klar heraus, dass das Wirtschaftswachstum in Peru allein auf dem immer weiter wachsenden Abbau und Raubbau von natürlichen nicht nachwachsenden Ressourcen beruht. Gold, Erdöl, Blei, Kupfer und Silber sind die Hauptquellen für das wachsende Bruttonationaleinkommen Perus, aber die breite Masse der Bevölkerung hat nichts davon. Peru investiert z.B. um 50% weniger als die durchschnittlichen Aufwendungen der lateinamerikanischen Länder im öffentlichen Gesundheits- und Bildungswesen sind. Die Löhne sind seit dem „Fuji-Schock“ in den 1990er Jahren stetig gesunken und die übergroße Anzahl von erwerbstätigen PeruanerInnen lebt in informellen und prekären Arbeitsverhältnissen. Aber die Unternehmergewinne sind beträchtlich gestiegen. Die wachsende Energieproduktion durch Wasserkraftwerke etwa in der Region des Rio Marañón ist nicht für die lokale Bevölkerung und deren Entwicklung geplant, sondern soll den Bedarf der Bergbauindustrie abdecken, und der Überschuss wird nach Brasilien exportiert. Giancarlo spricht von der derzeitigen Herauentwicklung einer „Republica Empresarial“ in Peru, welche auch stark von der konzentrierten Medienmacht gestützt wird. Neue Gesetzespakete zur Einschränkung etwa von umweltschützerischen Kräften in der Gesellschaft sollen das Vertrauen ausländischer Investoren erhalten, die Zivilgesellschaft ist laut Giancarlo eher schwach und wird zudem zunehmend kriminalisiert. Einen offiziellen Plan zur nachhaltigen und diversifizierten Energieversorgung der Bevölkerung gibt es nicht. Die Handelsbilanz zwischen Deutschland und Peru ausgeglichen, es stehen Rohstoffe vs. Maschinen. Ein weiterer Referent war **Wolfgang Hees von der „Arbeitsgemeinschaft Kleinbäuerliche Landwirtschaft“** und von „Via Campesina“, er ist selbst Bio-Landwirt und langjähriger Kenner der Agrarproblematik in Lateinamerika. Er stellt erst einmal die provokante These in den Raum: „Hunger ist ländlich und weiblich!“ 80 % der hungernden (Welt-)Bevölkerung lebt auf dem Land, es sind die Frauen, die Landlosen, die Kleinbauern und oft auch die Fischer. Demgegenüber wächst der Weltagrarhandel ständig, beeinflusst durch die Welthandelsriesen und Preisspekulationen. Der größte Handelspartner Perus im Agrarsektor ist die EU. Es wird bereits von der „2. Grünen Revolution“ gesprochen, u.a. wegen der enormen Konzentration der Landbesitzrechte und der Industrialisierung von Saatgutproduktion

und Verbreitung von Gentechnik. Agrobusiness betreibt, so Wolfgang Hees, weltweit am meisten Lobby. Für Via Campesina sind vor allem die traditionellen „Landsorten“ von Saatgut Gemeingut, das die Produktion und Ernährungssicherung lokaler (Klein-)Produzenten garantieren müssen und die biologische Vielfalt erhalten kann. Auch das internationale Geschäft mit Milch wächst, zum 1.4.2015 ist in Deutschland die „Milchquote“ aufgehoben worden, was sinkende Milchpreise u.a. in Peru und Unrentabilität für die lokalen Milchproduzenten zur Folge haben wird.

Aber unsere beiden Referenten wollen auch Wege und Ansätze für Veränderungen aufzeigen: Um einen Ausweg aus dem reinen „Rohstofflieferantenland“ zu finden, verweist Giancarlo auf die Grundidee des „**Buen Vivir**“, was einen Weg in den „**Post-Extraktivismus**“ aufzeigen muss; Solidarökonomie und auch eine „Feministische Ökonomie“ werden andiskutiert, der Konsumismus („comprar – tirar – comprar“) als post-politisches Ideal wird unter jungen Leuten in Peru bereits kritisch gesehen. Im vergangenen Jahr hat die peruanische Regierung einen Plan der wirtschaftlichen Diversifizierung vorgelegt, der unter anderem auch Produktivitätssteigerung und Eliminierung von bestimmten Abgaben und Reglementierungen vorsieht. Wichtig wäre aber auch, den internen Markt zu stärken und vor allem den lokalen und regionalen Agrarbereich zu fördern und Kooperativen und andere regionale Produzentenzusammenschlüsse zu stärken. Denn die Ernährungssouveränität des Landes können hauptsächlich die kleinbäuerlichen Arbeitskräfte, die in der Küstenregion 52%, in den Andenregion 92 % und in der Selva 83% ausmachen, erwirtschaften. Konkret kann dazu z.B. auch die Förderung lokaler „Genbanken“ mit einheimischem Saatgut beitragen.

Insgesamt bedeutet für unsere beiden Referenten ein nachhaltiges Entwicklungskonzept für Peru vor allem die Schaffung von „**Inteligencia Colectiva**“, das bedeutet:

- erfolgreiche Erfahrungen z.B. in der bäuerlichen Landwirtschaft aufzeichnen,
- diese systematisch analysieren,
- und verbreiten durch Netzwerkbildung.

Wirtschaftliche Entwicklung muss nachhaltig sein, die immense soziale Ungleichheit überwinden, die Biodiversität schützen und auch eine Energiewende bringen. Universitäten und neue öffentlich-zivilgesellschaftliche Allianzen müssen Akteure dieser Prozesse werden.-

Durch weitere Kurzbeiträge konnten sich die SeminarteilnehmerInnen zu aktuellen Fragen Perus informieren. **Kerstin Kastenholz**, derzeit ZFD-Fachkraft in Puno bei der Ombudsstelle (Defensoria del Pueblo) berichtet von den Versuchen der gewaltfreien Konflikttransformation in der Region. Insgesamt haben in Peru 66% der Konflikte sozio-ambientale Ursachen, 6% haben ihre Ursachen in Auseinandersetzungen bei Wahlen, dazu kommen Grenzkonflikte. Konfliktmanagement ist in Peru noch nicht verbreitet, deshalb sind auch die entsprechenden Methoden weitgehend unbekannt. In Puno gibt es z. Zt. vor allem Konflikte wegen der ungelösten Problematik der Wasserverschmutzung des Lago Titicaca.-

Heeder Soto, Ethnologe und Filmemacher aus Ayacucho, zeigt am Abend seinen bewegenden Film „Caminantes de la Memoria“ zur Aufarbeitungsproblematik nach dem Internen Krieg 1990 – 2000 (er ist selbst Sohn eines Opfers, seine Mutter war Mitbegründerin der Opferverbandes ANFASEP). Heeder prangert die „Elitisierung“ der Erinnerungsarbeit an, Filme z.B. zu den Schicksalen von Opfern werden nicht gezeigt, unterdrückt. Der „Lugar de la Memoria“ in Lima ist noch immer nur eine Fassade. – **Norma Driever** koordiniert für den Verein FOCUS in Bielefeld den Einsatz von Weltwärts-Freiwilligen in Peru, wichtig ist dabei vor allem der interkulturelle Austausch zwischen den beiden Ländern und Kulturen; durch das sog. Reverse-Programm sind z.Zt auch 9 Freiwillige aus Peru hier in Deutschland. – **Elke Rothkopf** war bei der COP20 in Lima und hat aktiv in der Koordinierung der indigenen Gruppen als wichtige Akteure mitgearbeitet. Sie vermerkt positiv, dass das Klima- und Umweltbewusstsein in der Zivilgesellschaft Perus zugenommen hat und auch die indigenen Verbände sich vermehrt als wichtige Akteure erkennen und ihre Rechte und den Schutz ihrer Lebensräume einfordern. –

Claudia Gottmann, im BMZ für Peru zuständig, berichtet, dass die Schwerpunktbereiche der Entwicklungszusammenarbeit derzeit „Modernisierung des Staates“ ist, was auch die politische Dezentralisierung und Kooperation / Einbeziehung von Zivilgesellschaft beinhaltet, sowie „ländliche Entwicklung“, „Umwelt“ und die „Wasser- und Abwasserproblematik“. 47% der Mittel fließen in die bilaterale staatliche Kooperation, 12% in die private Kooperation über die Hilfswerke, und ein großer Anteil fließt in die internationalen Organismen wie die UNO-Entwicklungsorganisation (PNUD). Pro Jahr werden z. Zt. 200 Mio. Euro für Peru über die GIZ und auch die KfW investiert, davon etwa 30 Mio. für die technische Zusammenarbeit. – Wir als Verein begleiten kritisch diese staatlichen Maßnahmen und fordern vor allem, dass „von unten“ gewachsene zivilgesellschaftliche Maßnahmen im Land weiterhin gefördert werden, und nicht nur die in Regierungsverhandlungen vereinbarten Projekte. –

Die Informationsstelle Peru besteht **seit nunmehr 25 Jahren** und hat sich in dieser historisch wichtigen Phase Perus eingemischt und engagiert informiert.

Wichtige Problemfelder und Arbeitsbereiche wurden noch einmal dargestellt:

+ die hohe Verschuldung Perus, was zur Gründung und intensiven Mitarbeit in der „Entschuldungskampagne“ führte. Der dadurch entstandene und bis heute in Lima existierende deutsch-peruanische Gegenwartsfonds ist weltweit einmalig.

+ Seit über 10 Jahren arbeitet die Bergbau-Kampagne zu Fragen des überbordenden Extraktivismus in Peru, der nicht Halt macht von enormen Umweltschädigungen und sozialen Ungerechtigkeiten. Die von Regierungsseiten immer wieder versprochenen Arbeitsplätze und „Entwicklung“ vor allem ländlicher Regionen sind nicht erreicht worden. Die Kampagne, zu der etliche Hilfswerke und weitere Organisationen gehören, unterstützt unsere Partnerorganisationen bei der Förderung alternativer Entwicklungsmodelle und gibt denen eine Stimme, deren Lebensgrundlage durch den exzessiven Bergbau und Rohstoffausbeutung bedroht ist.

+ Die Menschenrechtsverletzungen während des internen Krieges in Peru waren schon seit dem Beginn der Gründung der Informationsstelle Peru ein wichtiger Arbeitsbereich. Eine Partnerorganisation war dabei immer die CNDDHH (die peruanische Koordinationsstelle für Menschenrechte), die Opferzahlen vor allem im andinen Raum und unter dem Volk der Asháninka waren immens und haben bis heute keine angemessene Würdigung und Entschädigung gefunden. Eine in Deutschland herausgegebene Publikation zum Bericht der Arbeit der CVR (Wahrheits- und Versöhnungskommission) hat das ganze Ausmaß der Menschenrechtsverbrechen und auch die historischen und sozialen Hintergründe für die hiesige Öffentlichkeit aufbereitet. – Heute sehen wir zunehmend auch die Verletzungen der WSK-Rechte (wirtschaftlich, sozial und kulturell), welche vor allem durch das wirtschaftlich geprägte Entwicklungsmodell Perus zu immer schärferen Ungleichheiten der Bevölkerung führen.

25 Jahre Informationsstelle Peru – das musste natürlich auch gefeiert werden: Dazu gab´s einen tollen Pisco Sour, und dazu war die peruanische „Botschafterin der Marinera“ anwesend, Teresa Soto de Schüler aus Hamburg, die mit viel Schwung und guter Laune in den Tanzabend führte. Danke, Teresa!

Und Dank an alle, die sich während dieses Vierteljahrhunderts gemeinsam für eine gerechtere Entwicklung in Peru und auch hier engagiert haben! Weiter so!

Mechthild Ebeling

5. Wenn Sie wissen wollen,

wie das öffentliche Gesundheitswesen in 20 Jahren sein wird, nehmen Sie den nächsten Flieger nach Lima!

Das rät Giancarlo Castiglione von der NGO „Forum Solidaridad Peru“, Referent am diesjährigen Peru-Seminar der Infostelle, im folgenden Interview.

Ihre Organisation möchte die Sicht auf Globales und Lokales verbinden, aber auch so komplexe Themen wie öffentliche Finanzen und Haushaltsplanung erörtern, wie gehen Sie das an?

Castiglione: Häufig wird behauptet, dass „Finanzhaushalt“ ein eher „technisches“ Problem sei, also keiner politischen Debatte und Entscheidung bedürfe, während wir davon ausgehen, dass gerade diese Fragen sehr wohl unter politischen Kriterien entschieden werden müssen. Der staatliche Finanzhaushalt ist entscheidend für das Leben und die Lebensqualität aller Bürger, für die zukünftige Entwicklung des Landes, so dass diese auch wissen müssen, wie und nach welchen Kriterien darüber entschieden wird. Unser Staat hat im Prinzip reichlich Geld und könnte ein „Wohlfahrtsstaat“ sein, aber es gibt z.B. enorme Steuer- und Finanzflucht und Zahlungslöcher. Deshalb haben wir im Jahr 2009 angefangen, einen alternativen Haushaltsplan zu erstellen. Inzwischen sind wir nicht mehr nur eine Gruppe von Fachleuten, sondern es ist eine soziale Mobilisierung entstanden und wir haben auch schon einige Veränderungen erwirken können.

Wie wurden Menschen dazu mobilisiert, und was gab es bisher für Ergebnisse?

Castiglione: Wir in Peru sind z.B. stolz auf unsere ausgezeichnete Küche, und deshalb haben wir eine Kampagne gestartet, um zu zeigen, dass unser Essen „reich“ ist, die Bauern aber arm. 20% unserer erwerbstätigen Bevölkerung arbeitet in der Landwirtschaft, welche praktisch keine Unterstützung von der Regierung bekommt und keine sehr große Produktivität aufweist, während im Bergbau nur weniger ein Prozent der Bevölkerung beschäftigt ist. Aber da in diesem Sektor großer Profit erwirtschaftet wird, wird er von der Regierung stark gefördert. Durch unsere Kampagne haben wir erreicht, dass im Jahr 2012 erstmals ein „Agrarzensus“ durchgeführt wurde, und dadurch z.B. die wieder stark zunehmende Landkonzentration und andere Probleme publik gemacht wurden.

Hat es Peru in den letzten Jahren ein Wirtschaftswachstum gegeben?

Castiglione: In den Jahren 2001 bis 2011 gab es in Peru ein weltweit beachtetes großes Wirtschaftswachstum, um 6 bis 9% jährlich, an 2. Stelle in Lateinamerika, das auch nach der Finanzkrise im Jahr 2008 sich schnell wieder erholte, zumal ausländische Investitionen vermehrt in Bergbau fließen.

Und hat dieses Wirtschaftswachstum zu Armutsminderung und Verringerung der sozialen Ungleichheit beigetragen?

Castiglione: Die Regierung gibt an, dass in diesen Jahren die finanzielle Armut gesunken sei. Aber es gab nur eine sehr geringe Senkung der „multidimensionalen Armut“, bei der z.B. der Zugang zu Trinkwasser, zum öffentlichen Gesundheitswesen und Möglichkeiten zum Schulbesuch gemessen wird. Also, wenn die Armutskriterien komplexer sind, zeigt sich, dass die Armutsminderung bei uns sehr gering ist. Wir wiesen nach, dass wirtschaftliches Wachstum eben nicht automatisch zu guter Sozialentwicklung führt.

Weshalb gibt es diese Ungleichheit zwischen „Wachstum“ und „Sozialentwicklung“?

Castiglione: Was wir in den letzten Jahren verstärkt beobachten, ist, dass die Regierungen und auch die internationalen Institutionen instrumentalisiert werden (und sich auch instrumentalisieren lassen). Der Hauptakteur ist der sog. Markt, die internationalen Firmen und Investoren, welche bei den Regierungen für sie günstige Gesetze und Normen erwirken, was dann über die korrumpierten Medien der Bevölkerung untergejubelt wird. Arbeitsrechte, Umweltschutz und kulturelle Schutzräume werden geopfert, um das Land für Investitionen attraktiv zu machen. Und wer

profitiert davon? Die Investitionen bringen in den Ländern kaum Steuereinnahmen ein, und so werden die Staaten immer „schlanker“, die Gewinne fließen häufig an uns vorbei z.B. in Steuerparadiese.

Und ist das nun schon ein globales Phänomen?

Castiglione: Klar! Nehmen wir mal das Thema der Staatsverschuldung. In früheren Jahren war das ein Problem der Ausbeutung der südlichen Länder durch den Norden. Heutzutage steht Lateinamerika, was die Auslandsverschuldung angeht, sehr gut da; die hochverschuldeten Länder liegen im Norden. Unter dem Vorwand der Überwindung der Staatsschulden mussten wir das wenige an „wohlfahrtsstaatlichen“ Einrichtungen aufgeben, wir mussten kürzen im Gesundheitswesen und Bildungswesen. Deshalb sage ich, dass wir aus Lateinamerika schon vorher dort waren, wo jetzt etliche europäische Länder hinkommen. Deshalb sage ich den Kollegen hier z.B. in Spanien, wenn sie sehen wollen wie ihr öffentliches Gesundheitswesen in 20 Jahren aussehen wird, sollten sie nach Lima fliegen und sich dort ein öffentliches Hospital anschauen. Die Menschen sterben bei uns einfach so, weil sie kein Geld für medizinische Behandlungen haben, das ist eine dramatische Situation. Und Spanien und Griechenland sind auf besten dem Weg genau dahin, denn es ist für Investoren ein tolles Geschäft mit dem privaten Gesundheits- und Bildungswesen. Auch die internationalen Freihandelsabkommen und ihre sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen haben wir euch schon vorgelebt.

Und was kann die Zivilgesellschaft tun?

Castiglione: Ihr habt natürlich bessere Voraussetzungen als wir sie hatten: Bessere Bildung, besseres Gesundheitswesen. Wenn das schrumpft, wachen die Leute schneller auf. Als das Phänomen bei uns begann, hatten wir noch nicht so klar, welche Firmen und unter welchen Bedingungen die Firmen arbeiten und wie das mit der Steuerflucht funktioniert. Im Jahr 2011 haben wir z.B. die Firma „Telefonica“ entlarvt, die massiv Arbeitsrechte verletzte und in den Ländern des Südens kaum Steuern zahlte. Durch einen Bericht von OXFAM ist aufgefliegen, dass die „Telefonica“ in diversen „Steuerparadiesen“ formal Filialen unterhält und nichts zahlt. Wenn unsere Regierung uns also sagt, es gäbe kein öffentliches Geld für Gesundheit und Bildung, ist das eine Lüge, das Geld ist da, aber eben nur nicht bei uns, und die Regierung will nichts dagegen unternehmen aus Angst, dass die Investoren Probleme machen und abziehen. Und es ist klar: Wenn es wirtschaftliche Schwierigkeiten gibt, werden die Verluste sozialisiert, aber die Gewinne gehen nicht an den Staat. Höchstens 5% Steuern auf Gewinne werden bei uns gezahlt, wo es eigentlich etwa 30% sein müssten.

Und was bedeutet das nun?

Castiglione: Eine wichtige Forderung wäre etwa eine internationale Konferenz zu Fragen der Besteuerung, wo neue Regeln für die internationale Wirtschaft entwickelt werden. Hier müssen wir auf internationaler Ebene, aber auch auf Länderebene handeln. Wir müssen von unten her Kampagnen organisieren, die die Machenschaften der großen Firmen öffentlich machen. Vieles, auch die sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen z.B. in der Bekleidungsindustrie sind zwar offiziell „legal“, aber dürfen einfach nicht „legitim“ sein.

Und was kann man tun, damit die Menschen sich da mehr einbringen?

Castiglione: In Peru haben wir z.B. diese Diskussionen in die Arbeiter- und Gewerkschaftsverbände getragen und die Menschen mobilisiert.

(Übersetzung aus dem Spanischen: Mechthild Ebeling)

Quelle: http://www.eldiario.es/economia/adelgazando-vez-porosos-intereses-corporativos_0_370613709.html

6. Präsentationen vom Peru-Seminar

Hier können Sie die Präsentationen der Referenten am Peru-Seminar der Infostelle Peru vom 24. – 26. April 2015 herunterladen:

[Veränderung in Peru braucht Veränderung hier](#) (Wolfgang Hees)

[Economía y medio ambiente – Colonia](#) (Giancarlo Castiglione – Forum Solidaridad Peru)

[Alternativas y cambios necesarios – Colonia](#) (Giancarlo Castiglione – Forum Solidaridad Peru)

7. Lieber Herr Glasenberg,

erstaunt lesen wir in der Schweizer Tageszeitung Blick* vom 7. Mai 2015, folgende Aussage:
“Und in jedem Staat, in welchem wir tätig sind, gibt es Gesetze, Reglemente und Verordnungen, die wir selbstverständlich einhalten. Kein Land würde es akzeptieren, wenn wir uns da etwas zu Schulden kommen lassen würden. Das können Sie mir glauben” sagen Sie auf die Behauptung Ihres Interviewers, der Schweizer Rohstoffkonzern Glencore, dessen oberster Chef Sie sind, würde sich um finanzielle und sonstige Auflagen drücken.

Für Peru zumindest trifft Ihre Aussage nicht zu.

Seit 2010 kontrolliert in Peru die Umweltbehörde OEFA die Einhaltung der Umweltnormen und ahndet Verstöße. Auf der Webseite der Behörde sind alle bei Inspektionen vorgefundenen Verstöße und die dazugehörigen Bussgeldbescheide einsehbar.

(<http://www.oefa.gob.pe/transparencia/datos-generales/disposiciones-emitidas/resoluciones-de-la-oficina-de-administracion>)

Das gewundene Behörden-Spanisch der Verordnungen lädt nicht gerade zum Stöbern ein. Die Journalisten des investigativen Portals www.convoca.pe haben dennoch Resolution für Resolution durchgearbeitet und die Bussgeldbescheide nach Unternehmen, Region und Jahr katalogisiert ([www.http://www.convoca.pe/investigaciones/el-circulo-minero-de-la-infraccion](http://www.convoca.pe/investigaciones/el-circulo-minero-de-la-infraccion))

Wenn man da die peruanischen Bergwerke der Glencore-Gruppe eingibt, **dann erfährt man doch so manch Überraschendes:**

– Ihr Bergwerks-Komplex Los Quenuales, der seit vielen Jahren in den Zentralanden Zink, Blei und Kupfer abbaut, rangiert an 6. Stelle der meist geahndeten Bergbauunternehmen Perus mit 20 Bussgeldbescheiden wegen Verstößen gegen Umweltauflagen. Zusammen mit Ihrem an 8. Stelle

stehenden Logistik-Unternehmen Perubar S.A. kommen Sie auf 35 Sanktionen zwischen 2010 und 2014. Fast die Hälfte der Bussgelder kamen durch die Überschreitung von gesetzlichen Grenzwerten zustande.

– Zählt man noch Ihr Kupferbergwerk Tintaya (heute Antapaccay) in Cusco mit 8 Bussgeldbescheiden und das Kupferbergwerk Antamina, das Ihnen zu 33,5% gehört, dazu, dann kommen Sie auf die stolze Summe von 21 Ordnungsstrafen wegen Verstößen gegen die Umweltgesetze Perus.

– Das Ranking der sündigsten Minen führt eine peruanische Mine an: die Mine Volcan, im mehrheitlichen Besitz der peruanischen Familie Letts. Im Vorstand von Volcan sitzen auch Ihre Direktoren Christopher Eskdale und Daniel Maté. Anscheinend nicht, um bei Volcan Schweizer Umweltstandards einzuführen.

Wenige Strafen werden tatsächlich bezahlt

Die von der OEFA insgesamt gegen Ihre Unternehmen in Peru verhängte Bussgeldsumme von gut 1 Million 400 000 USD könnten Sie vermutlich aus Ihrer Portokassen bezahlen. Aber Sie scheinen dieses Geld lieber Anwälten zu geben, damit die gegen die Bussgeldbescheide gerichtlich vorgehen. Auf diese Art und Weise schulden Sie dem peruanischen Staat immer noch gut 800 000 USD, deren Bezahlung Ihre Anwälte aussetzen konnten. Und ob Sie es mit den Grenzwerten jetzt genauer nehmen, obwohl die Strafen noch nicht rechtskräftig geworden sind ?

Umweltbehörde ohne Geld

Die OEFA (Organismo de Evaluación y Fiscalización Ambiental) ist die erste peruanische Umweltaufsicht, die nicht dem Bergbauministerium, sondern dem Umweltministerium untersteht. Das heisst, es ist nicht mehr das Ihnen zugetane Bergbauministerium, das Sie überprüft, sondern eine unabhängige Behörde. Wir können verstehen, dass es Sie und Ihre Kollegen in Peru besonders wurmt, dass Sie sogar noch für deren Inspektionen bezahlen sollen. 0,15% Ihres Gewinnes müssen Sie für die Finanzierung dieser Behörde abführen, so will es die peruanische Vorschrift. Zusammen mit 36 weiteren peruanischen Bergbauunternehmen haben Sie in den letzten Monaten nichts unversucht gelassen, um sich vor dieser Abgabe zu drücken. (<http://www.convoca.pe/agenda-propia/quienes-estan-detras-de-la-demanda-contr-el-aporte-ambiental>)

Wir warten gespannt auf die Entscheidung des peruanischen Kartellamtes, ob diese Abgabe bleiben wird oder in Ihrem Sinne für wettbewerbswidrig erklärt wird.

Die Umweltbehörde in Peru ist jung, im Aufbau begriffen und sehr viel schwächer als der mächtige Bergbausektor. Sie und Ihre Bergbau-Kollegen in Peru haben bisher wirklich nichts dazu beigetragen, dass sich daran etwas ändert. Deshalb erstaunt es uns doch sehr zu lesen, wie Sie die Schweizer Bürgerinnen und Bürger, die ja inzwischen Ihre Mitbürger sind, für dumm verkaufen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Informationsstelle Peru e.V.

und Kampagne Bergwerk Peru : Reichtum geht, Armut bleibt

Das Interview mit Ivan Glasenberg kann man hier nachlesen. Der Blick ist das Schweizer

Pendant zur deutschen Bild-Zeitung <http://www.blick.ch/news/glencore-chef-ivan-glasenberg-ueber-investitionen-in-afrika-und-seine-steuern-in-der-schweiz-jetzt-spricht-der-umstrittenste-manager-der-schweiz-id3731262.html>

8. Veranstaltungen

- **Berlin**

Mittwoch, 10. Juni 2015 , 19:00 Uhr

Landkonzentration für die Exportlandwirtschaft – Was bedeutet das für die kleinbäuerliche Landwirtschaft und das Leben der Menschen?

Gesprächsabend mit dem Anthropologen Dr. Gerardo Damonte Valencia vom peruanischen Forschungsinstitut GRADE (Grupo de Analisis para el Desarrollo)

Ort: „Haus der Demokratie und Menschenrechte“ im 1. OG (Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin | Tram 4 – Am Friedrichshain)

Die Veranstaltung findet auf Spanisch statt, es gibt eine Übersetzung ins Deutsche.

- **Freiburg**

Donnerstag, 23. Juli 2015, 20h

Peru-Stammtisch

Ort: Café Satz, Guntramstraße 57/Ecke Wannerstraße (StraBa 1, 3, 5, Bus14, Station Eschholzstraße)

- **CH – St Maurice /Wallis**

1. – 6. August 2015

Encuentro de Solidaridad Europa – Perú

Lugar: Abadía de St Maurice, Wallis, Schweiz

Contacto: Miguel Ambrosio Rey (reydewer@stmaurice.ch), Paul Mathis (pmathis@gmx.ch)

Das Programm können Sie hier [8. Encuentro EUROPA-PERU-Invitacion](#) und das Anmeldeformular hier herunterladen [8. Encuentro EUROPA-PERU-inscripción](#)

- **Essen**

Donnerstag, 10. September 2015, 19.30

Presentación de la novela “El hombre de Rupak Tanta”

Lesung mit dem Autor Melacio Castro

Ort: Cafe Livres, Moltkestr. 2a, Essen

Sonntag, 25. Oktober 2015, 11.00

Presentación de la novela “El Hombre de Rupak Tanta”

Lesung mit dem Autor Melacio Castro , Gitarrenmusik von Stephan Tillmans

Ort: AWO Essen, Pferdemarkt 5

- **Bad Herrenalb**

Donnerstag, 12. November – Freitag, 13. November 2015

**“Befreiungstheologie und Bauernkriege im Spiegel reformatorischer Gedanken.
Die soziale Wirklichkeit und die Antwort der Kirche in Lateinamerika“**

Information: merk@infostelle-peru.de

Sie können den Newsletter bestellen über die Website der

Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an

newsletter@infostelle-peru.de

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.

